



# **Luxus und ein gutes Leben für alle!**

## **Am 1. Mai heraus gegen Lohnarbeit und Kapitalismus!**

### **Für die soziale Revolution!**

*Kaum ein Tag ist von politischen Positionierungen, Symbolen und Mythen so umgarnt, wie der 1. Mai. In der BRD heute als „Tag der Arbeit“ zum Feiertag erklärt, hat der 1. Mai eine lange Geschichte. Ende des 19ten Jahrhunderts von der internationalen ArbeiterInnenbewegung als Kampftag gegen die kapitalistischen Zustände etabliert, instrumentalisierten die Nazis den Tag in Deutschland ab '33 als „Tag der nationalen Arbeit“ für ihre Idee der „Volksgemeinschaft“. Heute sind die Aktivitäten am 1. Mai in Deutschland vielerorts von reformistischen Forderungen der Gewerkschaften bestimmt – der ehemalige Kampftag wird von Funktionären organisiert zum Bratwurstessen genutzt und stützt die sozialpartnerschaftlichen Bestrebungen der Gewerkschaften. Aber auch die Nazis versuchen nach Vorbild des Dritten Reichs den Tag wieder für ihre Zwecke zu nutzen. In der Rhein-Neckar-Region zeigt sich diese Praxis seit einigen Jahren an größeren Naziaufmärschen, dieses Jahr in Kaiserslautern und Neustadt, in den letzten Jahren in Rüsselsheim, Weinheim, Heppenheim, Worms, Ludwigshafen, Mannheim und anderen Städten. Für die Linke waren die Naziaufmärsche stets ein wichtiger Anlass, am 1. Mai früh aufzustehen und auf die Straße zu gehen – revolutionäre und antikapitalistische Positionen kamen dabei leider meist zu kurz. Anlass genug, in diesem Jahr die Ideen von Klassenkampf, sozialer Revolution und Kommunismus auf die Tagesordnung zu setzen und neben dem Widerstand gegen Naziaufmärsche auch die Kritik an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung praktisch werden zu lassen.*

#### **Gegen die Lohnarbeit**

Kapitalistische Gesellschaften konstituieren sich stets durch Privateigentum an den Produktionsmitteln, durch Lohnarbeit, Privatproduktion und Konkurrenz. Die BesitzerInnen der Produktionsmittel, die KapitalistInnen, produzieren Waren, um diese verkaufen zu können. Ein Großteil der Menschen ist lohnabhängig, verfügt also über keine Produktionsmittel und ist somit gezwungen seine Arbeitskraft zu verkaufen, um sein Überleben sichern zu können. Der/die KapitalistIn kauft Arbeitskraft von den Lohnabhängigen,

um produzieren zu können, stellt die zur Produktion nötigen Mittel zur Verfügung und versucht einen Wert zu schaffen, der über dem Preis der Arbeitskraft und der Herstellungskosten liegt, den so genannten Mehrwert. Nach dem Verkauf dieser Waren, also dem Tausch in Geld, erhält der/die KapitalistIn seinen/ihren Profit. Der Gewinn, den die KapitalistInnen bei der Produktion von Waren erzielen, entsteht also vereinfacht gesagt aus der Wertschöpfung beim Arbeitsvorgang. Was würde passieren, wenn sich einE „sozialeR ArbeitgeberIn“ mit einem geringen Mehrwert zufrieden gäbe und dafür seine/ihre Angestellten besser bezahlte? Durch die allgegenwärtige Konkurrenz zwischen den Kapitalen wäre er/sie bald vom Markt verdrängt. Der Konkurrenzdruck zwingt zu stetiger Profitmaximierung und nur wer am effizientesten produziert, bleibt übrig. Dieser Zwang zur Profitmaximierung führt unweigerlich dazu, dass die KapitalistInnen versuchen, die Kosten für Löhne und Arbeitsbedingungen niedrig zu



## Zur Geschichte des 1. Mai in Deutschland

1889 beschloss die 2. Internationale in Paris die Einführung eines internationalen, jährlich stattfindenden Kampf- und Feiertages der ArbeiterInnenklasse. Mit der Festlegung auf den 1. Mai wurde gleichzeitig den Ereignissen um dieses Datum im Jahr 1886 gedacht, als bei einem Generalstreik in Chicago bis zu 350.000 ArbeiterInnen für die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von zehneinhalb auf acht Stunden demonstriert hatten und in dessen Folge es zwei Tage später zu blutigen Zusammenstößen der ArbeiterInnen mit der Polizei kam, bei denen sechs Demonstranten getötet wurden. Einen Tag darauf hatte der Bombenwurf eines unbekanntes Provokateurs zu weiteren Opfern geführt.

Der Maifeiertag war als internationaler Streik- und Demonstrationstag gedacht. Die Einführung des 8-Stunden-Tages und strengere Arbeitsschutzbestimmungen waren zu dieser Zeit die Hauptforderungen der ArbeiterInnen, die auch in den Beschlüssen der Pariser Internationalen festgehalten wurden. Auf Drängen der deutschen sozialdemokratischen Delegation wurde der Passus, „wie es den Sitten und Gebräuchen der einzelnen Ländern gemäß ist“ angenommen, mit dem Forderungen nach einem internationalem Streik umgangen werden konnten.

Auf den Beschluss folgten heftige Debatten der deutschen ArbeiterInnenbewegung, ob am 1. Mai die Arbeit ruhen sollte oder nicht. Weitestgehend setzten sich SPD- und Gewerkschaftsführungen durch, welche eine Unterschriftensammlung einem Streik vorzogen. Für die folgenden Jahre wurden die Maifeierlichkeiten auf den 1. Sonntag im Mai verlegt (1891/92) bzw. nach Feierabend begangen (1893). Desweiteren arbeiteten Gewerkschaften und SPD auf eine Revision des Beschlusses der Internationalen zur Arbeitsniederlegung hin.

Motivation hierzu war, die Kontrolle über das stärkste Druckmittel der Arbeiterbewegung, den Generalstreik, nicht „an den revolutionären Wildwuchs“ (W. Liebknecht, SPD) zu verlieren.

Zwar gab es seit 1890 Organisationen und Einzelpersonen, die zu Streiks aufriefen, diese mobilisierten jedoch nur Bruchstücke des Potentials der ArbeiterInnenschaft. Bis 1914 war die Beteiligung an Streiks zum 1. Mai nur sehr gering.

1919 wurde der 1. Mai von der an der Regierung beteiligten SPD zum Volks- (nicht Arbeiter-) feiertag deklariert. An eben diesem Tag marschierten die Regierungstruppen mit schwerem Kriegsgerät in München ein. Die Räterepublik endete im Kugelhagel. Der Widerstand der ArbeiterInnen hatte der entfesselten Soldateska nichts entgegenzusetzen.

1929 wiederholte sich dieses Szenario in ähnlicher Form: Der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident Zörgiebel hatte Ende 1928 ein Versammlungsverbot über Berlin verhängt. Gewerkschaften und SPD hielten dieses ein, während die KPD auf ihr „Recht auf die Strasse“ beharrte. Das brutale Vorgehen der Polizei und die Proteste dagegen führten zu dreitägigen bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen. Resultat: Über 30, zumeist unbeteiligte Tote, 81 Schwerverletzte, über 1200 Festnahmen, 11000 aus Polizeiwaffen abgegebene Schüsse.

Da die politisch Verantwortlichen für Demonstrationsverbot und Polizeieinsatz ausnahmslos SPD- Mitglieder waren, führten die unter dem Namen „Blutmai“ bekannten Ereignisse zu einer irreversiblen Spaltung der ArbeiterInnenbewegung. Schon am 2. Mai kursierten Flugblätter der SPD, in denen die Schuld an den Ausschreitungen der KPD zugeschoben-, sowie KPD und NSdAP gleichgesetzt wurden.

halten. Die Arbeitsbedingungen für die Lohnabhängigen tendieren deshalb zwangsläufig dazu, immer schlechter zu werden. Da sich die Lohnabhängigen allerdings über diese Löhne reproduzieren, sind Konflikte im Kapitalismus ein Grundelement und die Struktur kapitalistischer Gesellschaften grundsätzlich durch Klassenkämpfe bestimmt.

Was bringt Lohnabhängige dazu, diese derart irrational organisierte Gesellschaft weiter zu ertragen und sogar zu verteidigen? Sie haben das Prinzip der gegenseitigen Konkurrenz verinnerlicht und spätestens wenn die Rede vom „Standort Deutschland“ ist, stellen viele sogar ihre elementaren Bedürfnisse zurück, um die Lohnabhängigen anderer Länder, Städte oder Regionen zu unterbieten. Dass man zu einer scheinbar naturgegebenen

„Schicksalsgemeinschaft“ namens Nation gehöre, wird selten in Frage gestellt. Dieses ganz und gar nicht von einem höheren Wesen, sondern ausschließlich von Menschen geschaffene Konstrukt unterteilt die Menschen nach irrationalen Kriterien und wirkt damit der Schaffung einer Gesellschaft entgegen, in der die Produktion von Gütern vernünftig, nämlich zugunsten aller Menschen funktioniert.

GewinnerInnen gibt es unter den Lohnabhängigen nicht, denn diejenigen, die sich im „internationalen Wettbewerb“ durchsetzen, erreichen im für sie besten Fall nur, dass sie weiterhin zu denen zählen, die im Produktionsprozess zu den Ausgebeuteten gehören, im Gegensatz zu den sogenannten Arbeitslosen.

Der allgegenwärtige Zwang zur effizienten Mehrwertabschöpfung lässt sich im Kapitalismus nicht aufheben. Arbeitslosigkeit, Lohnsenkungen und schlechte Arbeitsbedingungen, ebenso wie Armut, Vereinzelung, soziale Verelendung und Selbstzurichtung lassen sich nicht abschaffen, ohne in offenen Konflikt mit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zu geraten. Lohnabhängige, die aufgrund von Nationalität, Herkunft, Geschlecht oder ähnlichen Konstrukten untereinander konkurrieren, sorgen gerade dadurch für die Aufrechterhaltung ihrer eigenen ökonomischen und/oder sozialen Verelendung.

Die gut gemeinte Forderung nach „guter Arbeit“ (DGB 2008) läuft also ins Leere, genauso wie die einzelnen KapitalistInnen die falsche Adresse dafür sind. Stattdessen gilt es, sich gemeinsam aufzulehnen und Nationen und Kapitalismus als Ganzes abzuschaffen, sie durch eine an den Bedürfnissen aller Menschen orientierte gesellschaftliche Organisation abzulösen! Eine rationale Organisation der Produktion bedeutet weniger Mühen sowie mehr Wohlstand und Luxus für alle, statt

Erst unter NsdAP-Herrschaft wurde der 1. Mai dauerhaft zum Staatsfeiertag (1933: „Tag der nationalen Arbeit“, ab 1934 „nationaler Feiertag des deutschen Volkes“) erklärt. Am zweiten Mai 1933 wurden die Häuser der Gewerkschaften durch NSdAP Unterorganisationen gestürmt und enteignet.

Der 1. Mai ist dabei nur ein Glied in einer langen Kette von Übernahmen linker Aktionsformen und Symbole durch die Rechte. Allerdings trug die Maifeier 1933 mit 1,5 Millionen TeilnehmerInnen allein in Berlin wesentlich zur Konsolidierung des Machtanspruchs der NSdAP bei, die sie mit der monumentalen Inszenierung die Propagandamär von der Auflösung der Klassenkonflikte in der Volksgemeinschaft verbreitete. Der 1. Mai '33 war ebenfalls der Beginn der Formierung des „Volkes“ für den Krieg. In den Jahren bis 1939 verlor der Tag an Bedeutung für die Propaganda und wurde gegen Ende des Krieges kaum mehr begangen.

Doch schon 1945 konnte der Tag von ArbeiterInnen in den von den USA befreiten Teilen Deutschlands begangen werden, hatte jedoch mehr Gedenkcharakter angesichts der zahllosen ArbeiterInnen, die in den vorangegangenen Jahren ermordet worden waren. In den ersten Nachkriegsjahren fanden regelmäßig Feiern statt, unterlagen im Westen allerdings dem einschränkenden Recht der Alliierten, die politischen Demonstrationen der Deutschen, aufgrund der historischen Erfahrung, sehr misstrauisch gegenüberstanden.

In der sowjetischen Besatzungszone wurde der „Internationale Kampftag der Arbeiterkasse“ schnell institutionalisiert, was sich bis zum Niedergang der DDR nicht mehr änderte. Im Westen übernahmen sehr schnell wieder SPD und Gewerkschaften die Kontrolle über die Maifeiern, was bis in die 60er Jahre anhielt, als sich die StudentInnenbewegung des Tages annahm und begann, radikalere Forderungen zu stellen. Als Resultat kam es zur Trennung der radikalen Linken von den bürgerlichen Volksfesten durch eigene Aktionsformen und Demonstrationen.

Nach der Integration der „Maifeierlichkeiten“ in die geregelten Bahnen deutscher Tarifaufeinandersetzungen fanden erst in den 80er Jahren wieder Aktionen am 1. Mai mit sozialrevolutionärem Charakter statt. Die entstehende Autonome Bewegung schuf mit eigenen Aktionen und Blocks auf DGB Demos einen symbolhaften Tag des militanten Widerstands gegen staatliche Repression, Polizei und Kapitalismus.

Das Beispiel der revolutionären 1. Mai Demo im Jahr 1987, als es in Berlin zu militantem Widerstand aufgrund von Polizeiübergriffen kam, verdeutlicht diese Entwicklung.



schlechterer Lebensbedingungen. Für uns gibt es am 1. Mai und auch an keinem anderen Tag einen Grund, die Arbeit zu feiern und mehr davon zu fordern, denn wir wollen ein besseres Leben statt mehr Arbeit!

### **Klassenkampf statt „Tarifkonflikt“**

In aktuellen Klassenkämpfen finden wir Forderungen der Gewerkschaften nach mehr Geld, nach kürzerer Arbeitszeit, nach mehr Ausbildungsplätzen, Erziehungsurlaub, bezahlten Pausen oder einer eigenen Kaffeemaschine im Büro. Eins ist klar: Die

sowieso nervige Arbeit etwas weniger unangenehm zu gestalten kann nicht verkehrt sein, auch wenn derartige Forderungen nur kleine Schritte auf dem Weg in Richtung eines besseren Lebens sind. Schnell müssen wir jedoch schon hier feststellen, dass bereits die kleinen Veränderungswünsche auf großen Widerstand von Seiten der KapitalistInnen stoßen. Der Weg kann also nicht das Ziel sein. Natürlich macht es Sinn, 20 % mehr Lohn oder 12 Wochen Jahresurlaub zu fordern, wenn man dabei eine revolutionäre Perspektive nicht aus den Augen verliert.

Die Existenz der Gewerkschaften ist im Kapitalismus nicht immer selbstverständlich gewesen und auch heute sind in vielen Ländern GewerkschafterInnen teilweise mit dem Leben bedroht. Auch in Deutschland sind Gewerkschaften nur deshalb anerkannt, weil sie sich an die Vorgaben des Staates halten und für Befriedung und geordneten Protest sorgen. Die Schaffung und Erhaltung der Gewerkschaften ist historisch gesehen in jedem Fall ein notwendiges Projekt, das SozialdemokratInnen, AktivistInnen der ArbeiterInnenbewegung und RevolutionärInnen erkämpft und verwirklicht haben.

Die sozialpartnerschaftlichen Proteste lassen sich hingegen vom Staat vorschreiben, wie sie sich zu äußern haben. Streiks werden von FunktionärInnen organisiert und folgen bürokratischen Richtlinien. Der dadurch angerichtete Schaden soll nicht zu groß werden und politisch dürfen die Streiks schon gar nicht sein. Viele Gesetze und Verordnungen, die das Kapital schützen, haben sich in den Köpfen der Lohnabhängigen verinnerlicht. Reformistische Forderungen fragen nicht nach den Ursachen für die Misere. Die nächste kleine Gehaltserhöhung oder – wenn es nicht so gut läuft – die Vermeidung des Arbeitsplatzverlustes sind die kleinen

Strohhalme, an die sich geklammert wird. Solidarität hört daher auch meist bei den Fabrikatoren auf. Wenn der eigene Betrieb ins Ausland abwandert, schimpfen viele Lohnabhängige lieber über „Ausländer“ oder die jeweiligen „Manager“, statt auf den Kapitalismus, der als totales gesellschaftliches Herrschaftsverhältnis vorgibt, wie sich Betriebe, KapitalistInnen und sogar die Lohnabhängigen zu verhalten haben.



Für uns kann es jedoch nicht lediglich um „Protest“ gehen, sondern um Widerstand: Wir wollen nicht das Bestehende verteidigen und darin kleine Verbesserungsmöglichkeiten suchen. Das Angriffsziel muss stets der Mechanismus sein, der das System am Laufen hält: Der Kapitalismus als unlogische Gesellschaftsform, die Armut und Elend produziert, die Nation als befriedendes Moment, die Rassismus und Ausgrenzung mit sich bringt, Institutionen wie Parlament, Justiz, Polizei oder Geheimdienste, die die Menschen unter Kontrolle halten und bürgerliche Ideologien, die Werte wie das Konkurrenzprinzip und die Vereinzelung in der Gesellschaft verfestigen – letztendlich geht es ums Ganze!

**Luxus und ein gutes Leben für alle!**

**Für die soziale Revolution!**

**Für den Kommunismus!**



**AK Antifa Mannheim**

c/o Jugendzentrum in Selbstverwaltung

Postfach 12 19 65

68070 Mannheim

Email: [akantifa@juz-mannheim.de](mailto:akantifa@juz-mannheim.de)

Web: [www.akantifa-mannheim.de](http://www.akantifa-mannheim.de)